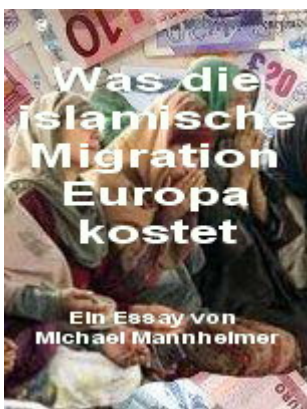




Sozialkosten für Migration in Europa – Schweden



“Was die islamische Migration Europa kostet – Eine Abrechnung mit einem Mythos” heißt ein neues Essay von [Michael Mannheimer](#), das wir unseren Lesern in ca. 15 Teilen anbieten und danach als Komplettversion zum Download auf PI zur Verfügung stellen. Dabei handelt es sich um die wohl bislang umfangreichste journalistische Aufarbeitung zum Thema Kosten islamischer Migration.

Teil 3: Beispiel Schweden

Fast 18 Prozent des jährlichen Steueraufkommens für Migrationskosten

Sozialkosten muslimischer Immigranten

Schwedische Schätzungen gehen davon aus, dass die Einwanderung das Land jedes Jahr mindestens 40 bis 50 Milliarden Schwedische Kronen [ca. 4,3 bis 5,3 Milliarden Euro] kostet, vermutlich jedoch mehrere hundert Milliarden, und dass sie

massiv dazu beigetragen hat, den einst weltweit gerühmten schwedischen Sozialstaat an den Rand des Bankrotts zu bringen. Die für 2004 geschätzten Einwanderungskosten in Höhe von 225 Milliarden Kronen [24 Milliarden Euro], was keine unwahrscheinliche Schätzung ist, würden 17,5 Prozent des schwedischen Steueraufkommens desselben Jahres ausmachen, eine schwere Bürde in einem Land, das bereits eine der höchsten Steuerraten der Welt hat. Doch obwohl auch in Schweden gilt, dass die Kosten der Immigration deren Nutzen um ein Vielfaches übersteigen, fordert der sozialdemokratische Finanzminister Pär Nuder weiterhin unverdrossen:

„Schweden braucht mehr Einwanderer“ (Fjordman [„Was kostet die islamische Einwanderung Europa?“](#), 23.06.2006)

angeblich, so Nuder, um das schwedische Sozialsystem zu sichern. Er verschweigt bei seiner Forderung jedoch, dass jenes einstmals vorbildliche schwedische Sozialsystem genau von denjenigen Massen der (überwiegend muslimischen) Immigranten an den Rand des Ruins gefahren wurde, die schwedische Politiker als Rettung des schwedischen Sozialstaatsystems anpreisen.

Muslimische Integrationsverweigerung

Doch für einen gewissen Teil ist auch das großzügige schwedische Sozialstaatmodell für die Probleme mit seinen Migranten selbst verantwortlich. Mit seinen hohen Geldzuweisungen für Arbeitslose und sonstige Sozialleistungsempfänger wird ein nur geringer Anreiz geboten, sich real um Arbeit zu kümmern. So berichtet der Iraner Nima Sanandaji von seinen erstaunlichen Erfahrungen beim Zusammentreffen seiner Familie mit dem schwedischen Wohlfahrts-System:

„In Schweden fand meine Familie ein politisches System vor, das ihr sehr befremdlich vorkam. Die Übersetzerin sagte uns, dass Schweden ein Land ist, in dem man, wenn man nicht

arbeitet, jeden Monat einen Scheck von der Regierung in seinem Briefkasten vorfindet. Sie erklärte, dass kein Grund bestünde, einen Arbeitsplatz zu finden. (...) Obwohl meine Mutter mehrmals Arbeit hatte, fanden wir heraus, dass sich dadurch unser Familieneinkommen nicht verbesserte. Während der 16 Jahre, die wir jetzt in Schweden sind, hat meine Mutter insgesamt weniger als ein Jahr lang gearbeitet.“ (Nima Sanandaji: [„An Immigrant’s Tale“](#), in: TSCDAILY, 14.06.2005)

Das soll jedoch die vorherrschende Mentalität vieler Muslime nicht entlasten, sich von Beginn auf die monatlichen Schecks des Sozialsystems allein zu verlassen und sich so um ein ganzes Arbeitsleben zu mogeln. So liegen auch in Schweden Berichte von Imamen vor, die ihre Muslime explizit darauf hinweisen, dass der schwedische Sozialstaat genügend Geld zur Verfügung stellt auch ohne Arbeit – und dass es besser sei, viele Kinder zu zeugen, da allein durch das entsprechend hohe Kindergeld eine Sozialzuwendung entstünde, die ein normaler ungebildeter Muslim in Schweden durch ehrliche Arbeit niemals erzielen könne. Der erwünschte Hauptnebeneffekt tritt quasi en passant ein: irgendwann seien die Muslime derart zahlreich, dass Schweden friedlich übernommen werden könne. Wie die übrigen Länder Europas auch bezahlt Schweden mit seinen Steuergeldern an die muslimischen Migranten quasi seine eigene Kolonisation durch den Islam.

Parallelgesellschaften

Über 20 Stockholmer Vorstädte haben heute bereits einen Migrantenanteil von fast 70 Prozent. Wissenschaftler gehen davon aus, dass in fünf bis spätestens zehn Jahren die Migrantenquote in jenen Vororten bei annähernd 100 Prozent liegen wird.

Die Stadt Södertälje liegt etwa 40 Kilometer südöstlich von Stockholm und hat 82.000 Einwohner. In Schweden kennt man sie besser unter dem Begriff „Klein-Bagdad“. Södertälje sollte

einmal eine Musterstadt für gelungene Integration in Schweden werden. Doch das Gegenteil ist eingetreten. Inzwischen sind bereits über 40 Prozent der Einwohner Södertäljes Migranten – in der Mehrzahl muslimischen Glaubens. Und jede Woche kommen durchschnittlich 30 neue Großfamilien aus dem Bürgerkriegsland Irak hinzu. Je mehr Iraker kommen, desto mehr Schweden ziehen aus Södertälje weg. Anders Lago ist Bürgermeister in Södertälje und verzweifelt über die Flut der neuen Mitbürger. Doch aufhalten kann auch er sie nicht. In Schweden, in Skandinavien und im Rest Europas wiederholen sich die Bilder: In den Städten werden ganze einheimische Bevölkerungen durch „nicht-westliche“ Bevölkerungen ausgetauscht. Wo dies gegen den Willen der eigenen Bevölkerung dient, und insbesondere wo sich die eingetauschten Bevölkerungen kollektiv weigern, sich den Sitten und Gesetzen ihres Gastlandes anzupassen: da kann man nicht weiter von Immigration, sondern muss man von systematischer Kolonisation sprechen.

Massenvergewaltigungen und sonstige Schwerstkriminalität

Zur gleichen Zeit gab es in Schweden im Zuge einer nie dagewesenen Einwanderungswelle einen geradezu explosiven Anstieg jeglicher Form von Gewalt (*Fjordman: [“Steep Rise in Crime”](#), 08.09.2005*). Politisch korrekt wird jener Umstand in Schweden sowohl durch die Politik (Politiker würden nie im Traum eine kausale Verbindung zwischen Einwanderung und Kriminalität herstellen) als auch seitens der Medien totgeschwiegen. In einem der seltenen Fälle von wahrheitsgemäßer Berichterstattung enthüllte das sozialdemokratische (sic!) Boulevardmagazin *Aftonbladet*, dass neun von zehn der kriminellsten ethnischen Gruppierungen Muslime sind – ein Trend, der sich in den anderen europäischen Metropolen nahezu identisch wiederfindet. (Beispiel Frankreich: dort machen die Muslime „nur“ zehn Prozent der Bevölkerung aus, stellen aber 70 (!) Prozent aller französischen Gefängnis-Insassen).

So hat sich die Zahl der Vergewaltigungen in Schweden in nur wenig mehr als 20 Jahren vervierfacht ([„Immigrant Rape Wave in Sweden“](#), 12.12.2005), wobei Vergewaltigung von Kindern unter 15 Jahren (vor der Immigration ein nahezu unbekanntes Phänomen in Schweden) heute sechs Mal so häufig wie vor nur einer Generation vorkommen. In Schweden ansässige Ausländer aus Algerien, Libyen, Marokko und Tunesien dominieren die Gruppe der Verdächtigen. Die Rechtsanwältin Christine Hjelm, die Vergewaltigungsfälle an einem Gericht erforscht hat, fand heraus, dass 85 Prozent der verurteilten Vergewaltiger entweder im Ausland oder von ausländischen Eltern geboren worden waren (Hanne Kjöllner: [„En riktig våldtäktsman“](#), in: *OPINION*, 04.11.2005). Das norwegische Blatt Aftenposten zog jetzt mit neuesten Erkenntnissen zu diesem Thema nach. Demnach sind **alle** Vergewaltiger, die in den letzten drei Jahren für Vergewaltigungen angezeigt wurden, Einwanderer mit „nicht-westlichem Hintergrund“ (KRISTJAN MOLSTAD: [„Innvandrere bak alle anmeldte overfallsvoldteker i Oslo“](#), 16.04.2004) – was auch in Schweden die politisch korrekte Umschreibung für muslimische Immigranten ist. In diesem Bericht wird Hanne Kristin Rohde, Chefin der Osloer Polizeisektion für Gewalt und Sittlichkeitsverbrechen, folgendermaßen zitiert:

„Zahlen der Osloer Polizeisektion für Gewalt- und Sittlichkeitsverbrechen zeigen, dass alle 41 angezeigten Überfallsvergewaltigungen von 2006-2008 von nicht-westlichen Tätern begangen wurden... Die Täter sind relativ junge Männer, die aus anderen Ländern kommen. Sie sind häufig Asylbewerber und kommen oft aus traumatisierten Ländern oder Ländern mit einem ganz anderen Frauenbild, als wir in Norwegen haben. Es sind Männer mit kurdischem oder oder afrikanischem Hintergrund, die die Statistik dominieren, und die Polizei meint, dass mehr vorbeugende Arbeit bei Männern mit Migrationshintergrund nötig ist.“ (ebd.)

Das Opfer



Eines der seltenen Photo-Beweise eines Vergewaltigungsopfers in Schweden. So sah die Schwedin Jenny aus, nachdem sie von Spaziergängern in einem Waldstück gefunden wurde. Sie wurde von vier Muslimen mehrfach vergewaltigt und so oft geschlagen, bis sie bewusstlos liegenblieb. Das Photo wurde unmittelbar nach ihrem Eintreffen im Krankenhaus Göteborgs aufgenommen (*Quelle: Fjordman: „Muslim Rape Wave in Sweden“, In: FRONTPAGEMAG, December 15, 2005*).

Die Täter



Auf dem Foto links sind die vier Vergewaltiger der Schwedin, die von der Presse als „zwei Männer aus Schweden, einer aus Finnland und einer aus Somalia“ vorgestellt wurden und über die nur in einer kleinen Rubrik an hinterer Seite berichtet wurde. Zu Beginn des Prozesses zeigte die Presse keine Fotos der vier Muslime, sondern – politisch korrekt – nur deren Silhouette (die jeweils linke Darstellung) und belog mit ihrer unfassbaren Berichterstattung ihre eigene Bevölkerung über den tatsächlichen Hintergrund der Tat und der Täter.

Massenvergewaltigung westlicher Mädchen und Frauen durch muslimische Immigranten und/oder deren Nachkommen sind mittlerweile längst zu einem Phänomen nicht nur in Schweden, sondern in weiten Teilen Nord- und Westeuropas, aber auch

schon in Australien geworden. Wie immer wird auch dieses Phänomen von denen ignoriert und totgeschwiegen, die sie eingeschleppt haben: den linksorientierten Medien und linksgrünen Politikern. Mehr noch: die wenigen Mutigen, die es dennoch wagen sollten, auf solche Missstände aufmerksam zu machen, werden gnadenlos stigmatisiert und – wenn es sein muss – auch vor Gericht gezerrt. So erhielt der australische Journalist Paul Sheehan eine Anzeige wegen „Rassismus“ und „Anstiftung zum Rassenhass“. Sein Verbrechen: er hatte es gewagt, über Gruppenvergewaltigungen und die auch ansonsten hohe Kriminalitätsrate in den muslimischen Vierteln Sydneys zu berichten. Sogar einer seiner Kollegen, der Journalist David Marr, distanzierte sich von Sheehan und nannte dessen Reportage „schändlich“. Und der Vize-Präsident der australisch-libanesischen Moslemvereinigung bezeichnete es als „ziemlich unfair“, die ethnische Herkunft der Vergewaltiger zu veröffentlichen.

Aber auch die BBC nahm 2004 eine vorgesehene Dokumentation über den sexuellen Missbrauch weißer englischer Mädchen durch pakistanische und andere muslimische Männer aus dem Programm, nachdem die Polizei vor der Gefahr des Anwachsens ethnischer Spannungen gewarnt hatte. Der Sender, so ein Sprecher der BBC, sei sich seiner Verantwortung für die Gesellschaft bewusst (*Open speech: [„Vergewaltigungen durch Migranten. Vergewaltigungsepidemie in westlichen Ländern“](#)*).

Die Rolle des Islam bei den Massenvergewaltigungen

Bei den Massenvergewaltigungen handelt es sich dabei um ein ganz originäres Phänomen des Islam selbst: nämlich dessen Verachtung gegenüber der Frau im allgemeinen, und dessen Verachtung gegenüber „ungläubigen“ Frauen im speziellen. So ist die Vergewaltigung „ungläubiger“ Frauen eine der ältesten Varianten des islamischen Dschihads. Seit 1400 Jahren wird dieses Mittel systematisch dazu eingesetzt, nicht-muslimische Frauen zu schwängern, um sie dann mit Muslimen

zwangszuverheiraten und somit zu islamisieren. Eine Praxis, die bis in die Gegenwart fort dauert in all denjenigen Ländern, in denen eine nennenswerte christliche Diaspora lebt: so etwa in Pakistan, Indien, Nigeria, Ägypten (vgl. hierzu: Michael Mannheimer: [„Weltweite Christenverfolgung durch den Islam“](#)).

Islamische Männer vergewaltigen nicht-muslimische Frauen aus ethnisch-religiösen Gründen und werden dazu explizit seitens ihrer Imame ermuntert, ja sogar aufgefordert. In Sydney etwa erklärte Sheik Faiz Mohammed während eines Vortrages seinen Zuhörern, dass Vergewaltigungsoffer niemand anderen anzuklagen hätten als nur sich selbst. Frauen in knapper Kleidung würden Männer zur Vergewaltigung geradezu einladen. Denn, so der Scheich, westliche Mädchen seien allesamt „Huren und Schlampen“. Ein anderer Islamgelehrter, der ägyptische Gelehrte Sheik Yusaf al-Qaradawi, verkündete 2004 in London, nicht die Vergewaltiger, sondern die Vergewaltigungsoffer müssten bestraft werden, sofern sie sich nicht angemessen gekleidet hätten. Denn, so der Sheik, wer ohne Kopftuch und islamisch korrekte Verhüllung herumlaufe, habe seine Vergewaltigung geradezu provoziert, wenn nicht gar gewollt. Auch in Kopenhagen ließ der islamische Mufti Shahid Mehdi verlauten, dass Mädchen, die kein Kopftuch trügen, um eine Vergewaltigung geradezu bitten würden.

Dementsprechend erklären viele Vergewaltiger vor Gericht, dass sie nicht glauben, mit ihrer Vergewaltigung überhaupt ein Verbrechen begangen zu haben. Schließlich habe sich ja jemand um das Mädchen „gekümmert“, und außerdem würden westliche Mädchen es sowieso mit allen Männern treiben. Moslemische Mädchen dagegen wären rein und müssten ihre Jungfräulichkeit auf jeden Fall für ihren zukünftigen Mann bewahren, da sie sonst Schande über sich und die Familie bringen würden (und dafür mit Tod bezahlen müssen, wie er verschwieg). Die meisten moslemischen Jugendlichen gaben zu, ihre sexuellen Bedürfnisse mit westlichen Mädchen auszuleben, später aber auf jeden Fall eine „reine“ islamische Frau heiraten zu wollen.

„Many immigrant boys have Swedish girlfriends when they are teenagers. But when they get married, they get a proper woman from their own culture who has never been with a boy. That's what I am going to do. I don't have too much respect for Swedish girls. I guess you can say they get fucked to pieces.“ (Frontpage Magazine: [„Muslim Rape Wave in Sweden“](#), 15.12.2005)

Das sind nur einige der symptomatischen Auswüchse des geschichtlich beispiellosen Geschlechterapartheid-Systems namens Islam, jener archaisch-totalitären Männerherrschaft Ewiggestriger, die sich seit 1400 Jahren erfolgreich als Religion tarnt.

Die oben genannten kriminellen, gleichwohl religiös begründeten Auswüchse finden im Rahmen dieses Essays deswegen Erwähnung, weil die islamische Immigration nicht nur materielle, sondern weit mehr als das, ungeheure ideelle Schäden in der gewachsenen, sich auf christlichen und griechisch-römischen Werten gründenden europäischen Kultur und Gesellschaft hinterlässt. Die europäische Aufklärung, die zur Menschenrechtsdeklaration der UN geführt hat, in welcher Gleichheit des Individuums vor dem Gesetz, Gleichheit von Mann und Frau, Meinungs- und Versammlungsfreiheit u.v.m. zu unveräußerlichen Grundrechten eines jeden Menschen erkoren wurde, stellt die vermutlich größte soziale Errungenschaft der bisherigen menschlichen Zivilisation dar. Doch unter dem moralisch fragwürdigen und rechtlich durch nichts gedeckten Hinweis auf eine sog. „Religionsfreiheit“ ist es den linksgrünen Werte-Relativisten (in Zusammenarbeit mit zahlreichen Politikern, Journalisten und sonstigen Intellektuellen des bürgerlichen Lagers) gelungen, diese Werte in einem Ausmaß zugunsten des Islam und dessen menschen- und frauenfeindlichen Gesetzen auszuhöhlen, wie es vor Jahrzehnten noch für unvorstellbar gehalten worden wäre. Eine jener Werte-Relativierer ist die Osloer Anthropologie-Professorin Unni Wikan. Angesichts der Vergewaltigungswelle durch Muslime in

Norwegen rät sie ihren Geschlechtsgenossinnen allen Ernstes, doch bitteschön die Tatsache zur Kenntnis zu nehmen, dass deren freizügige Art, sich zu bekleiden, von den muslimischen Männern nun mal als provokativ und direkte Aufforderung zum Sex aufgefasst würden. Wikan ist nur eines von zahllosen Beispielen, wie fehlgeleitete akademische Wirrköpfe den Islam bei der Kolonisierung Europas aktiv unterstützen.

» Demnächst Teil 4: Dänemark

Bisher erschienen:

» Teil 1: [Einleitung](#)

» Teil 2: [Die Fakten am Beispiel Norwegen](#)



Somalia: Ehebrecher werden gesteinigt



In Mogadischu wurden ein verheirateter Mann und seine Freundin zum Tod durch Steinigung verurteilt. Der Islam

beweist aber seine ganze Güte und Menschlichkeit, indem er die schwangere Freundin erst das Baby austragen und zur Welt bringen lässt, bevor die Strafe bei ihr vollzogen wird. Das Kind soll dann bei Verwandten aufwachsen. Natürlich handelt es sich hier um „Radikalislamisten“, die vermutlich nichts mit dem Islam zu tun haben. Dass linksgrüne MenschenrechtsaktivistInnen den Dialog suchen würden, ist nichts bekannt. [Mehr...](#)

» IGfM: [Wie wird gesteinigt](#)

(Spürnase: Oldie)

„Unsere Vertreter sind unsere Verräter“



Während die

türkisch-islamische Union DITIB zusammen mit ihren politischen Helfershelfern [Roters, Hoyer & Beck](#) ein großes Jubelfest zur Grundsteinlegung der Kölner Großmoschee feierten, demonstrierten heute knapp 150 Teilnehmer der Bürgerbewegung Pro Köln unweit davon gegen den Moscheebau. Als Redner brachten unter anderem die langjährige belgische Parlamentsabgeordnete Hilde Delobel, Robert Spieler, Annick Martin (Frankreich) und Morris Barsoum (Vater von Barino)

ihren Protest gegen die Islamisierung der Domstadt zum Ausdruck.

Begrüßungsrede von Markus Wiener:

Rede von Markus Wiener / Robert Spieler:

Rede von Manfred Rouhs:

Rede von Jörg Uckermann:

Rede von Markus Beisicht:

Rede von Morris Barsoum (Vater von Barino):

Rede von Hilde Delobel:

Rede von Annick Martin, Teil 1:

Teil 2:

Atmo 1:

Atmo 2:

Zum Schluss die Nationalhymne:

» [Ralph Giordano heute im Deutschlandfunk zur Grundsteinlegung der Moschee in Köln Ehrenfeld](#)

Zigeuner wollen keine Negativ-Berichte mehr



Zigeuner, äh Sinti und Roma, äh [Rotationseuropäer](#) verlangen eine Selbstzensur von der Presse. Die dauernde negative Berichterstattung würde „Vorurteile gegen ethnische Minderheiten schüren“, sagte Romani Rose vom Zentralrat der Sinti und Roma auf einer im Auswärtigen Amt [in Berlin durchgeführten Medientagung](#).

Wenn man auch sonst gegen den offenen Dialog ist, hierüber wollte man einen führen.

Der renommierte Experte und Angehörige der Roma-Minderheit aus Bulgarien, Rumyan Russinov, schilderte die besorgniserregende Situation der Roma-Minderheiten insbesondere in den neuen Beitrittsländern der Europäischen Union und beleuchtete deren überwiegend negatives Bild in den öffentlichen Medien. Er appellierte dringend an eine verstärkte Sensibilität bei den Journalisten und Medienmachern und unterstützte die Forderung nach Aufnahme von Vertretern der Minderheiten in die Aufsichtsgremien der Rundfunk- und Fernsehanstalten, damit Diskriminierungen schon im Vorfeld entgegen gewirkt werde.

Sich so zu benehmen, dass es für negative Berichte keinen Grund gibt, wäre eine echte Alternative. Aber das geht wohl zu weit...

(Spürnase: Klaus)

OB Roters: Kölner Moschee ist ein Meilenstein



Seit heute Morgen um 11 Uhr finden in Köln-Ehrenfeld die Feierlichkeiten zur Grundsteinlegung der Kölner DITIB-Moschee statt. PI war mit einer Videokamera vor Ort und hat Eindrücke von der Veranstaltung und Kurzstatements von prominenten Gästen eingefangen.

PI-Interview mit Kölns Oberbürgermeister Jürgen Roters (SPD):

PI: Herr Roters, eine Frage: Ist das für Sie heute ein guter Tag?

Roters: Ja, ein hervorragender Tag. Das Wetter ist zwar nicht so schön, aber das soll nicht ein Symbol sein, sondern ganz im Gegenteil: Es ist ein Meilenstein und ein ganz wichtiger Schritt zur Integration hier in Köln. Für die 120.000 Muslime, die in dieser Stadt ansässig sind, dass sie jetzt ein Gebetshaus haben hier, was auch in Zukunft würdig sein wird.

PI-Interview mit dem Kölner FDP-Bundestagsabgeordneten Werner Hoyer:

PI: Herr Hoyer, ist das für Sie heute ein guter Tag?

Hoyer: Ja, ich glaube ja. Wenn man sieht, was hier entsteht, kann man sich als Kölner eigentlich nur freuen.

PI: Meinen Sie denn ist das für die Integration förderlich, dass so eine große Moschee gebaut wird, oder eher negativ?

Hoyer: Ich glaube es kann sehr förderlich sein, es kommt drauf an, wie man damit umgeht. Und da bin ich optimistisch.

PI: Wenn man sich hier umschaute, dann sieht man kaum Kölner Bürger. Woran könnte das liegen?

Hoyer: Das weiß ich nicht, ist vielleicht die Einladungspolitik oder ist vielleicht das Interesse der Kölner Bürger, ich weiß es wirklich nicht. Ich weiß nur, dass diejenigen, die hier Verantwortung tragen wissen, dass das eine gute Entwicklung ist.

PI-Interview mit dem Bundestagsabgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen, Volker Beck:

PI: Herr Beck, nur eine kurze Frage: Ist das für Sie heute ein guter Tag?

Beck: Ja, selbstverständlich ist das ein guter Tag. Es ist ein Zeichen, dass wir in Deutschland die Religionsfreiheit für alle respektieren und ich hoffe, das ist auch ein Signal an die türkische Regierung, dass sie es mit den Aleviten, Christen und Juden in der Türkei ebenso halten.

PI: Wie kommt es, dass relativ wenige Kölner Bürger hier heute zu sehen sind?

Beck: Ich weiß nicht, wie die Einladungspraxis ist, das

müssen Sie die Veranstalter fragen.

PI: Meinen Sie denn, ist solch eine Moschee eher förderlich für die Integration oder eher negativ?

Beck: Sie ist Ausdruck dessen, dass in Deutschland die Rechte von allen respektiert werden und das ist die Voraussetzung von Integration, dass wir Gleichberechtigung haben.

Weitere Videos:

- » [Schwenk durch den Ehrengastbereich vor Beginn der Veranstaltung](#)
- » [Hohe Kopftuchdichte im Essenzelt neben dem Festzelt](#)
- » [Koranrezitationen \(Pro Köln musste seine Demo in der Zeit ruhen lassen\)](#)
- » [Kölns OB Jürgen Roters begrüßt seine türkischen Freunde](#)
- » [Moschee-Architekt Böhm im Ehrengastbereich](#)
- » [Vorstellung des Programms der Grundsteinlegung](#)
- » [Schwenk durchs Publikum: Kaum Kölner Bürger zu sehen](#)
- » [Begrüßung der Ehrengäste](#)
- » [Türkenfritz macht den Diener vor seinen Herrn](#)
- » [Kölns OB Roters zu Diyanet-Präsident Ali Bardakoglu: „Herzlich Willkommen bei Ihnen“](#)

Foto-Impressionen:

Fort Hood hat nichts mit dem

Islam zu tun



Die Ermordeten sind noch nicht begraben, da [bemühen sich die Meinungsmacher](#) in Politik und Medien – genau wie nach dem 11. September – bereits, den Islam von jeder Verantwortung rein zu waschen. Genau jene, die hinter jedem westlichen Amokläufer mindestens ein Killerspiel entdecken und verbieten wollen, schließen fest die Augen vor den Inhalten eines Buches namens Koran. Auf keinen Fall dürften Moslems unter Generalverdacht gestellt werden, ermahnen sie uns, schließlich wären die meisten loyal gegenüber Land und Gesellschaft.

Natürlich sind die meisten Moslems friedlich, wie auch die wenigsten Konsumenten von Killerspielen Amokläufer werden. Trotzdem muss man schon mit einer gehörigen Portion Naivität und Blindheit geschlagen sein, einen Universalfreispruch *für alle* Moslems zu erlassen, wenn man weiß, dass [allein in Berlin schätzungsweise 3.000](#) radikale Islamisten leben, von denen 400 (!) als gewaltbereit eingestuft werden. Während also überall auf der Welt Moslems nichts mit *dem Islam* zu tun haben, leiden andere Moslems bereits wieder am Selbstmitleidsyndrom darüber, dass einer der Ihrigen wortgetreu umgesetzt hat, was im Koran steht und darüber, dass Ungläubige Angst davor haben, dass andere Rechtgläubige dem nacheifern. Angst haben nämlich nicht die Opfer zu haben, sondern die Glaubensgenossen des Täters.

Die WELT schreibt:

Der erste mit Vergeltung drohende Anruf ging beim Arab-American Institute am späten Nachmittag ein, nur Minuten nachdem der Name Nidal Malik Hasan zum ersten Mal über die

Bildschirme gelaufen war. Im Rat für Amerikanisch-Islamische Beziehungen begann zur selben Zeit ein Krisenstab zu tagen. In einer Pressekonferenz wurde noch am selben Abend der Amoklauf verdammt und die Bitte, Ruhe zu bewahren, verbreitet: „Unglücklicherweise müssen wir aus Erfahrung amerikanische Muslime und jene, die für Muslime gehalten werden können, ersuchen, sich, ihre Familien und ihre religiösen Stätten vor Racheakten zu schützen.“

Oh ja, denn ungläubige Rächer neigen sehr zur Gewalt gegenüber Rechtgläubigen. Wenn man mal von dem schrecklichen Mord im Dresdener Gerichtssaal absieht, fällt uns auf Anhieb kein weiteres Beispiel ein.

Amerikas 2,35 Millionen Muslime, zumal die rund 15 000 in den US-Streitkräften, leben seit den Anschlägen von „9/11“ unter Generalverdacht. All die Anstrengungen und Assimilierungserfolge dieser Amerikaner, ob eingewandert oder zum Islam übergetreten, ersterben, wenn ein Mann namens Abdulhakim Mujahid Muhammad, aus dem Jemen eingewandert, in Little Rock (Arkansas) auf offener Straße zwei GIs niederschießt. So geschah es am 1. Juni, und der bekennende „Dschihadist“ erklärte, er hasse das US-Militär wegen seiner „Verbrechen gegen den Islam“. An Weihnachten 2008 wurden fünf Muslime aus Philadelphia wegen einer Verschwörung mit dem Ziel, Soldaten in Fort Dix zu töten, verurteilt. Einige ihrer Glaubensbrüder sagten, die fünf hätten nur gescherzt. Zehn Tage zuvor waren in New York vier schwarze Muslime unter dem Verdacht festgenommen worden, einen Anschlag auf eine Synagoge und einen Angriff auf ein Boot der Marine geplant zu haben.

Endlich soll in der kommenden Woche John Allen Muhammad in Virginia, der (bis zur Tat am Donnerstag) blutrünstigste amerikanische Dschihadist und Veteran, durch die Giftspritze sterben. Der vom US-Heer ausgebildete Scharfschütze hatte im Oktober 2002 über einen Zeitraum von drei Wochen zehn

Menschen erschossen und den Großraum Washington in Angst versetzt. Auch der „D.C. Beltway Sniper“ faselte vom Heiligen Krieg. Für einfache Gemüter, die vom Misstrauen gegen das „andere“ verzehrt werden, ist es ein kleiner Schritt von John Allen Muhammad zu Terry Holdbrooks, der im Jahr 2004 sechs Monate Wache schob in Guantánamo Bay. In den langen, einsamen Nächten begann er Gespräche mit Gefangenen. Ein Marokkaner, Insasse Nummer 590 und als „der General“ bekannt, bekehrte Holdbrooks schließlich zum Islam. Nachzulesen auf einer Webseite (www.muslimmilitarymembers.org) für Muslime in den US-Streitkräften. Die Gruppe hatte bis zum Freitagmorgen noch nicht auf die Schüsse von Major Nidal Malik Hasan reagiert.

Warum auch? Schließlich hat die Tat doch nichts mit dem Islam zu tun.

Offener Brief: Die CDU verrät ihre eigenen Werte

☒ Werte Mitglieder des CDU-Landesverbandes Berlin, das von Ihnen zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählte CDU-Mitglied Thomas Heilmann (*Foto r. mit Frank Henkel*) gab der [Berliner Morgenpost ein Interview](#) mit folgenden Sätzen.

(Offener Brief an die Mitglieder des CDU-Landesverbandes Berlin)

„Die Stadt braucht eine viel intelligentere Befassung mit dem Problem“, sagte er dieser Zeitung. Ausgangspunkt seiner Argumentation ist dabei die Ansicht: „Ohne Integration ist die Wirtschaftspolitik in der Stadt zum Scheitern verurteilt.“ Man benötige daher neue Akzente im Umgang mit

dem Islam: „Wir brauchen den Islam! Und sollten ihn nicht bekämpfen.“

In diesem Kontext fallen dort Sätze wie:

Von einer Abkehr bisheriger Positionen der Berliner Union könne nicht die Rede sein, möglicherweise aber von einer „Akzentverschiebung“, so Heilmann. „Die Stadt braucht eine viel intelligentere Befassung mit dem Problem. Denn ohne Integration der Migranten ist die Wirtschaftspolitik in dieser Stadt zum Scheitern verurteilt.“ Viele Einwandererfamilien seien hilfsbedürftig, weil sie mit der Situation ihrer Kinder nicht zurechtkämen. Schuld daran sei nicht der Islam als Religion, sondern vielmehr die Erziehung der zweiten Generation der Zugezogenen.

Die von dieser Person geäußerten Ansichten zeugen erstens von einer vollkommenen Unwissenheit über die tatsächlichen Umstände und Gründe um die wirtschaftliche Lage von Einwandererfamilien mit islamischem Glaubensbezug, noch um die Ursachen für die von ihm erkannte „Hilfsbedürftigkeit“ in Fragen der Kindererziehung, wie zum Beispiel bei der Durchsetzung der allgemeinen Schulpflicht!

Wofür, so frage ich Sie als Vertreter einer christlichen Partei eines förderalen, aufgeklärten und humanistischen, demokratischen Staates, wofür brauchen wir den „Islam“? Schon in der eigentlichen Bedeutung des Wortes erkennt jeder verstandsgeprägte und aufrechte Demokrat den grundlegenden Widerspruch zu den innersten Werten unserer freien und säkulären Gesellschaft:

[Wiktionary](#), das freie Wörterbuch: Islam

Bedeutung: [2]: (...) „Die bewusste Hingabe, Unterwerfung und Ergebenheit Gott (arab. Allah) gegenüber, auf die von ihm durch den Propheten Mohammed (arab. Muhammad) im Koran

übermittelte Art und Weise.

Im Artikel 140 GG wird der Staat, ergo auch seine Vertreter in den öffentlichen Ämtern zu einer „weltanschaulichen Neutralität“ verpflichtet. Die These von Herrn Heilmann, den Islam zu „brauchen“ verstößt daher nicht nur gegen diese „Verpflichtung“, sondern auch gegen das von Ihnen als Mitglieder der CDU am 3.12.2007 auf dem 21. Parteitag in Hannover verabschiedete Grundsatzprogramm, in welchen die CDU sich folgendermaßen definiert:

Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Ihre Politik beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott.

(..)

Die CDU hat konservative, liberale und christlich-soziale Wurzeln.

Die CDU will die christlich geprägten Wertgrundlagen unserer freiheitlichen Demokratie bewahren und stärken. Wir leiten aus ihnen die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit her.

Diese Grundwerte erfordern, begrenzen und ergänzen einander.

Ich frage Sie, sofern Sie nicht augenscheinlich völlig anderer Überzeugung als der von Ihrer Partei getragenen sind, W0 und WANN hat oder hatte die menschenverachtende, autoritäre, freiheitsunterdrückende, rassistische, patriarchalische und sexistische Ideologie des Hasses auf Andersgläubige, die zu ihrer Verbreitung den Weg des Kampfes und der Vernichtung der Ungläubigen propagiert und sich auf einen selbst ernannten Propheten beruft, der als Mörder und Kinderschänder bekannt ist, auch nur die kleinsten Schnittmengen mit dem Werteverständnis der heutigen demokratischen und aufgeklärten europäischen Gesellschaft? Sie wissen es selbst – Nirgends!

Weiterhin ist Ihren Parteigrundsätzen zu entnehmen:

*Der Mensch ist frei geschaffen. Die Freiheit des anderen bedingt und begrenzt die eigene Freiheit. Es ist Aufgabe der Politik, den Menschen den notwendigen Freiheitsraum zu sichern und sie für das Gemeinwesen in die Pflicht zu nehmen.
(...)*

Jeder hat das Recht auf und die Pflicht zur Solidarität und trägt mit seiner Arbeit und Leistung dazu bei, dass die Gemeinschaft für den Einzelnen eintreten kann.

Auch die Verpflichtung zur sozialen Sicherung beruht auf dem Grundgedanken der Solidarität. Solidarität darf nicht missbraucht werden und sie verpflichtet uns – gegenüber künftigen Generationen und weltweit.

Die Probleme in den von den arabisch und türkisch-stämmigen Einwanderern durch die Bevorzugung der gewollten „dörflichen“ Gemeinschaft und der eigenen Abgrenzung zu der deutschen Mehrheitskultur entstandenen „Parallelgesellschaften“ zeugen nicht davon, dass die Verantwortung für diese nicht zu leugnende mangelnde Integrationswilligkeit in erster Linie von Seiten des Staates und demokratischen Gesellschaft zu tragen ist. Diese Menschen sind in den ersten Generationen freiwillig in unser Land gekommen. Es stand ihnen ebenfalls frei, sofern sie mit den gegebenen Umständen unzufrieden waren, in ihre Heimat zurück zu kehren! Im Gegenteil hätten sie durch den ihnen ermöglichten Zuzug von Familienangehörigen ihre passive und aktive Akzeptanz der Umstände erkennen lassen müssen. Jedoch war dies vielmehr der Ausdruck dessen, in den Genuss des bundesdeutschen Systems der sozialen Absicherung zu kommen. Nachdem in den späten 70er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts durch steigende Arbeitslosenzahlungen kein eigentlicher Bedarf an gering-qualifizierten ausländischen Arbeitskräften mehr bestand, wurde seitens der damaligen sozialdemokratischen Regierung ein Aufnahmestopp eingesetzt, der aber durch die obige Erlaubnis zum Familiennachzug

unterlaufen wurde. Neben dem öffentlichen Dienstleistungssektor bot sich für die überzähligen Arbeitskräfte nurmehr der Weg in eine den ihrigen Qualifikationen entsprechende selbstständige Tätigkeit an – wo wir bei den zuletzt in der Öffentlichkeit angesprochenen „Obst- und Gemüsehändlern“ wären. Besonders in diesem Bereich greift aber die gewollte Abschottung und Ghettoisierung hinein, denn der Betrieb derartiger Klein-Unternehmungen im Lebensmittelgewerbe liegt in den meisten Fällen in den Händen von Familien. Diese Läden finden auch zum überwiegenden Teil in den Gebieten der Städte in denen ohnehin eine große Dichte an ausländischen Bewohnern, zumeist mit islamischen Glaubensbekenntnis wohnen. Diese Verkettung aus familiärer, ethnischer und „religiöser“ Verbindung ist ursächlich und bezeichnend.

Kommen wir dabei zu einem weiteren Punkt aus obigem Programm:

Wir wissen, dass es ohne Gerechtigkeit keine Freiheit gibt. Im Rechtsstaat heißt Gerechtigkeit gleiches Recht für alle. Es schützt vor Willkür und Missbrauch. Das Recht sichert zudem die Freiheit auch für den Schwächeren. Wir wissen allerdings auch, dass wir uns bei noch so großer Anstrengung für mehr Gerechtigkeit die absolute Gerechtigkeit nie erreichen können. Wir wollen gleiche Chancen eröffnen, nicht gleiche Ergebnisse versprechen. Dafür bietet die Chancengesellschaft die Voraussetzungen und Möglichkeiten.

Jedem Bürger dieses Staates stehen aufgrund der freien Bildung ähnlich gute Chancen zur Verfügung, einen erfolgreichen Schulabschluss zu erlangen. Dies schliesst ebenfalls die hier aufwachsenden Kinder von Ausländern mit ein. Dass nicht jedem Kind der Weg zum höchsten Abschluss in Form der Hochschulreife offen steht, liegt an den individuellen Neigungen und der Bereitschaft zur Leistung, sowie grundlegend an der Förderung durch die Eltern.

Wenn jedoch, und das nicht nur bei bestimmten ethnischen Gruppen, seitens der elterlichen Umgebung eine mangelnde Anerkennung der schulischen Anforderungen, der gesellschaftlichen Verpflichtungen jedes Einzelnen für die Gemeinschaft fehlt, dann hat dies Auswirkungen! Kinder brauchen Strukturen, sie brauchen Werte, an denen sie sich ausrichten können. In vielen der arabisch- oder türkischstämmigen Familien bekommen sie jedoch vermittelt, dass es aufgrund der staatlichen Fürsorge für eine ausreichende Versorgung mit dem lebensnotwendigen Gütern NICHT wichtig ist, ein geregeltes Einkommen selbst zu erwirtschaften! Und wenn dazu im Elternhaus Gewalt gegen die Familie und Andersdenkende als Erziehungsprinzip gilt, wenn die Unterdrückung von Frauen gelebt wird und wenn zudem auch noch diese Umstände mit einer „allseits gültigen Religion“ begründet werden, zu welcher den Kindern weder eine Alternative erklärt wird und der sie nach deren Grundsätzen „von Geburt angehören“, dann lernen diese Kinder diese „Prinzipien“ zu verinnerlichen. In der aktuellen Diskussion wird immer wieder von einer angeblichen „Benachteiligung“ dieser Kinder und Jugendlichen gesprochen – diese erhalten sie aber nicht durch die demokratische Mehrheitsgesellschaft. Sie sind benachteiligt, weil ihnen die Akzeptanz unserer Werte und unserer Gesellschaft mittels einer faschistoiden Ideologie aberzogen wird.

Selbst die Vertreter dieser Bevölkerungsgruppen, wie der konvertierte Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland, Ayyub Axel Köhler, zudem Mitglied der FDP, äussert in seiner Veröffentlichung „Islam: Leitbilder der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, Al-Kitab Verlag, Köln 1981“ die Ansicht:

„Die Glaubensgrundsätze (des Islam) und das islamische Recht (Scharia) zeigen den quasi-totalen Anspruch der Religion auf Mensch und Gesellschaft. (...) Das islamische Gesellschaftssystem wird damit aber keineswegs zu einer

Demokratie. Diese Staatsform ist dem Islam fremd.

Wir brauchen uns also nicht in Diskussionen um eine „Benachteiligung“ dieser Familien zu verlieren, wir sollten vielmehr darauf hinarbeiten, diesen hier in unserem Land lebenden Menschen, sofern sie es vorziehen, auch hier zu bleiben, ULTIMATIV zu empfehlen sich zu INTEGRIEREN. Zumal bei anderen Ethnien ohne größere Schwierigkeiten Erfolge unter anderem auch in den schulischen Leistungen sowie der sehr geringen Jugend-Kriminalitätsrate NICHT ZU LEUGNEN sind!

Um es zusammenzufassen: Wenn die CDU auf den Islam zugeht, dann verrät sie ihre eigenen und die gesamtgesellschaftlichen Werte und bereitet den Weg für eine weitere Abspaltung der betroffenen Bevölkerungsgruppen! Das immer ausufernde „Einfordern“ von Rechten seitens dieser Bevölkerungsgruppen überschreitet die Grenze zu deren offenen Missbrauch! Die in unserem Land geltenden verfassungsmäßigen Rechte auf z.B. aktive und passive Religionsfreiheit besitzen in keinem islamischen Land dieser Erde auch nur annähernd eine Bedeutung. Mit dem grassierenden Bau neuer Moscheen in Deutschland ist es unmöglich, eine erfolgreiche Integration zu betreiben, denn dort wird nur der Koran gelehrt, mit ihm sollen über alle Menschen die „unveränderlichen und allseitig gültigen Worte, welche direkt von G'tt stammen“ verbreitet werden. Wir können mit einer Ideologie, die unsere Freiheit und erkämpften Menschenrechte verdammt und bekämpfen will, keinen Dialog führen, wir können nicht die „Hand zum Frieden reichen“, denn der einzige „Frieden“ der für diese „Glaubensrichtung“ zählt, ist die vollkommene Beherrschung der Menschheit durch den Koran.

Leider ist die Tendenz zu beobachten, dass in den ehemaligen „großen Volksparteien“ kein Wert mehr für diese von unseren Vorfahren teuer erkämpften Grundrechte gelegt wird. Vielmehr zählen nur noch die Stimmenauszählungen an den Wahlsonntagen dieser Republik. Um die schwindenden Wählermassen im

bürgerlichen Lager auszugleichen, wird versucht, das Wahlrecht aufzuweichen, um von Nicht-EU-Bürgern „wertvolle“ Stimmen zu erhalten. Dabei werden gleichzeitig kritische Stimmen in der eigenen Partei mundtot gemacht. Jüngstes Opfer dieser Haltung ist das seit 14 Jahren langgediente Parteimitglied und MdB René Stadtkewitz, der eine offene Podiumsdiskussion über die Hemmnisse des Islam für die Integration veranstalten wollte, und dafür in menschenverachtender Weise von Parteimitgliedern als „rechtsradikal“ verleumdet wurde. Das Ergebnis dieser Kampagne ist ihnen bekannt.

Ich fordere Sie als Wähler und Bürger dieser demokratischen Gesellschaft auf: Stehen Sie zu unserer Verfassung, stehen Sie zu den Werten Ihrer Partei, öffnen Sie die Augen für die Ursachen!

In hoffnungsvoller Erwartung,

Berlinator



**Vereinigte Linke fordert
Konsequenzen für Klein**



Nachdem der ehemalige Wirtschaftsminister und derzeitige Minister der Verteidigung zu Guttenberg den von der Vereinigten Linken richtig heftig kritisierten Luftangriff auf die von den Taliban gekaperten Tanklastzüge als gerechtfertigt verteidigt hatte, erntet dieser aus den Reihen der Sozialdemokraten und von Bündnis 90/ Die Grünen fürchterlich heftige Kritik. „Afghanistan ist nicht mit dem Abwurf von schweren Bomben auf große Menschenmassen zu rechtfertigen.“

Das rotfunkfernsehen [ZDF](#) berichtet:

Als „militärisch angemessen“ hatte Verteidigungsminister Guttenberg den Luftschlag bei Kundus bezeichnet. Jetzt hagelt es Kritik aus der Opposition. Aus der Bundeswehr wird die Sorge um ein Strafverfahren gegen den verantwortlichen Kommandeur laut.

Die SPD hat Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) nach dessen Äußerungen zum Luftangriff bei Kundus vor einem Strategiewechsel in Afghanistan gewarnt. „Wenn er glaubt, in Afghanistan ist der Abwurf von schweren Bomben auf große Menschenmassen zu rechtfertigen, dann kann die Sozialdemokratie da nicht mehr mitgehen“, sagte der SPD-Wehrexperte Rainer Arnold dem „Tagesspiegel“. „Das ist nicht gerechtfertigt und nicht angemessen.“

(...) Auch der Grünen-Wehrexperte Omri Nouripour kritisierte die Rechtfertigung. So erfreulich es sei, dass Guttenberg jetzt Fehler und zivile Opfer zugebe, so wenig dürfe es zur Bagatelle erklärt werden, dass Regeln nicht eingehalten wurden. „Das würde ja bedeuten, dass die Regeln unwichtig

sind“, sagte Nouripour.

Auf das Ende dieser Politik-Posse bezüglich des Friedenseinsatzes Kriegseinsatzes sind wir mehr als gespannt...

Linksterror in Berlin: Jetzt sollen Bürger helfen



In Berlin sind allein in diesem Jahr bisher rund 250 PKW in Flammen aufgegangen. Auch vor Brandanschlägen auf die [Wohnhäuser der Besserverdienenden](#) schrecken die linken Terroristen nicht zurück. Die vom rot-roten Berliner Senat verordnete Hilflosigkeit von Polizei und Justiz sollen jetzt die Bürger kompensieren.

Die [Berliner Morgenpost](#) berichtet:

In Berlin vergeht kaum ein Tag, an dem nicht ein Auto angezündet wird. Die Polizei und auch die Ermittlungen des Staatsschutzes konnten die Welle der Brandstiftungen bislang nicht stoppen. Nun bitten Polizisten die Bürger um Mithilfe. Vereine und Initiativen sollen bei der Suche nach den Tätern helfen.

In der Berliner Politik und von Seiten der Polizeigewerkschaften mehren sich Forderungen nach einer „breiten Bürgerbewegung“, um die nicht enden wollende Serie von Anschlägen auf Autos in der Hauptstadt zu beenden. Der Berliner Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft

(DPolG), Bodo Pfalzgraf, forderte Innensenator Ehrhart Körting (SPD) auf, die Initiative zu einer solchen Bewegung zu übernehmen. „Die Zeit der Betroffenheitsrituale ist vorbei, jetzt müssen endlich Taten folgen“, sagte Pfalzgraf. Nach seinen Vorstellungen sollten neben allen Parteien auch Vereine und Stadtteil-Initiativen in die Bekämpfung des „Kiezterrors“ eingebunden werden.

Anzeige

Man brauche die Hilfe der Bürger, diese müssten zu einer engeren Kooperation mit den Behörden bewogen werden, so Pfalzgraf. Als Beispiel nannte er die ausgesetzten Belohnungen, die müssten besser bekannt gemacht werden, um Zeugen von Anschlägen zu motivieren, sich an die Polizei zu wenden.

Gewerkschafter Pfalzgraf betonte, dass er nicht zur Bildung einer Bürgerwehr aufruft.

Na, dann sind wir mal gespannt...